Erfolgreich vor Ort
Erwartungen der hessischen Wirtschaft an die Politik nach der Kommunalwahl in Hessen 2021

5 | Wirtschaftsförderung

Private Investitionen am Heimatstandort erleichtern

Fit machen für den Standortwettbewerb
Landkreise, Städte und Gemeinden ringen um die Gunst von Investoren – seien es ortsansässige Betriebe, seien es neue Unternehmen. Dieser Wettbewerb ist legitim und zu begrüßen. Er dämpft Belastungen, denen Unternehmen durch kommunale Steuern, Abgaben und Gebühren ausgesetzt sind. Und er trägt dazu bei, dass Entscheider und Mitarbeiter in Ämtern sensibler für Belange der Wirtschaft werden. Die kommunalen Parlamentarierer müssen dafür sorgen, dass ihre Kommunen „fit werden" für diesen Standortwettbewerb, damit heimische Unternehmen nicht abwandern und damit neue Betriebe sich ansiedeln. Mit Beteiligung der lokalen Wirtschaft müssen Kriterien zur Bewertung der regionalen Attraktivität als Wirtschaftsstandort entwickelt werden. Wirtschaftsfördereinrichtungen von Städten und Landkreisen müssen regelmäßig einen Fitnesstest durchlaufen.

Regionale Kooperation prüfen
Kommunale Parlamentarier und ihre Wirtschaftsfördereinrichtungen müssen klug abwägen, wann sie ihr örtliches Eigeninteresse an neuen Investitionen verfolgen und wann sie mit anderen Kommunen kooperieren, um auch regional und überregional eine dauerhaft möglichst erfolgreiche Standortpolitik zu betreiben. Hier kommt den drei großen regionalen Wirtschaftsfördereinrichtungen in Nordhessen, Mittelhessen und im Rhein-Main-Gebiet, die u.a. von Landkreisen und kreisfreien Städten getragen werden, eine Koordinierungsaufgabe zu. Die Kommunalpolitiker sollten die drei großen regionalen Wirtschaftsfördereinrichtungen finanziell gut ausstatten. Es muss regelmäßig geprüft werden, ob durch Kooperationen oder Zusammenschlüsse der kleineren lokalen Wirtschaftsfördereinrichtungen deren Leistungsfähigkeit verbessert werden kann.

Bereichsübergreifende Wirtschaftsförderung
Die Förderung des lokalen Wirtschaftsstandorts sollte in den Kommunalverwaltungen bereichsübergreifend organisiert sein: Stadtentwicklung, öffentliche Auftragsvergabe, Arbeits- und Sozialpolitik und Wirtschaftsförderung müssen sich ergänzen und dabei stets die Anliegen der Unternehmen mitbedenken. Wo vorhanden sind erfolgreiche Messestandorte zu stärken – von großen Messen wie der IAA in Frankfurt bis zu spezialisierten Lederwarenfachmessen in Offenbach.

Unternehmen und Wirtschaftsorganisationen beteiligen
Je enger und frühzeitiger die Wirtschaft in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen wird, desto besser für den heimischen Wirtschaftsstandort. Die regionalen Organisationen der Wirtschaft wie Kammern, Verbände, Kreishandwerkerschaften oder Innungen sind Kompetenzträger, die durch institutionalisierte Dialoge zu Beteiligten gemacht werden müssen.

Bürokratie verringern
Die meisten Unternehmen in Hessen haben weniger als 10 Beschäftigte. Ihre Inhaber „packen selbst mit an". Sie erbringen Dienstleistungen oder sind in Büros, Fabrikationsräumen und Werkstätten tätig. Sie haben weder Zeit noch den Kopf, immer mehr Papierkram nach 20 Uhr zu erledigen. Staatliche und kommunale Stellen unterschätzen den „Zeitdiebstahl", den sie mit der Summe vieler kleiner und vermeintlich erforderlicher Abfragen und Formulare verursachen. Kommunale Parlamentarier müssen sich als Volksvertreter erweisen: Sie müssen unnötige Vorschriften streichen, Entscheidungswege verkürzen und die Verwaltungen auffordern, Prozesse zu vereinfachen.

Auftragsvergaben: Faire Chancen für die regionale Wirtschaft
Die kommunalen Auftraggeber müssen die Regelungen des Vergaberechts strikt einhalten. Die kommunalen Parlamentarier haben darüber zu wachen, dass die Verwaltung Aufgaben nicht in kommunale Töchter verlagert, um die Pflicht zur Ausschreibung zu umgehen. Regionale Unternehmen aus der Privatwirtschaft müssen eine faire Chance in öffentlichen Vergaben haben, weshalb Ausschreibungen in Fach- und Teillosen stets erwogen werden müssen. Die nach dem hessischen Vergabegesetz möglichen freihändigen und beschränkten Vergaben von Bauaufträgen sollten nach vorangehender Prüfung der Wirtschaftlichkeit genutzt werden, um den regionalen Standort zu stärken. Vergabefremden Kriterien in Ausschreibungen ist eine Absage zu erteilen.

Schwarzarbeit: Die schwarzen Schafe konsequent bekämpfen
Die kommunalen Behörden müssen mit Arbeitsverwaltung und Zoll die Schwarzarbeit bekämpfen. Denn sie entzieht den vielen legal tätigen Betrieben Aufträge und enthält Staat, Kommunen und Sozialversicherungen Steuern und Beiträge vor. Kommunalpolitiker sollten insbesondere bei öffentlichen Aufträgen streng darauf achten, dass keine Schwarzarbeit getätigt wird.

Attraktivität der Innenstädte erhalten
Das Wachstum im Onlinehandel und die Demographie gefährden viele Innenstädte. Der Handel mit 160.000 Beschäftigten in Hessen braucht attraktive, erreichbare und sichere Ortskerne, Innenstädte und Stadtteilzentren. Dabei geht es nicht nur um attraktive Gestaltung und günstige Parkplätze. Der Erfolg des Handelsstandorts sowie der Hotellerie und Gastronomie hängt auch von der Erreichbarkeit der Zentren ab: Moderne Mobilitätskonzepte inkl. verkehrslenkender Maßnahmen wie Citylogistik sind nötig. Nachtanlieferungen sind zu erleichtern. Begrenzt auf 4 Tage pro Jahr sollten verkaufsoffene Sonntage zugelassen werden.

Ländlichen Raum stärken
Kommunen im ländlichen Raum müssen alles daran setzen, Arbeitsplätze in Industrie, Gewerbe sowie Dienstleistungen zu halten. Hierfür sind der zügige Breitbandausbau, das Schließen von Funklöchern und bessere Verkehrsinfrastruktur Voraussetzungen. Die Wirtschaftsförderer ländlicher Kommunen sollten mit speziellen Vorteilen werben, wie der guten Flächenverfügbarkeit, niedrigeren Wohnkosten und einer oft attraktiveren natürlichen Umwelt.

Die Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raums als Wirtschaftsstandort trägt auch dazu bei, den Zuzug in die Städte und Ballungsräume zu dämpfen und den dortigen Mangel an Wohnungen und gewerblichen Flächen zu mildern.

Stromnetzausbau unterstützen
Die Belange einer sicheren Stromversorgung und eines stabilen Netzes müssen auch von den Kommunalpolitikern berücksichtigt werden. Sie sollten sowohl den Ausbau der lokalen und regionalen Verteilnetze als auch der Übertragungsnetze unterstützen.

Tourismus als Chance für Wertschöpfung
Viele Städte und Gemeinden haben mit einer abwechslungsreichen Landschaft, mit Kulturdenkmälern und Sehenswürdigkeiten sowie mit attraktiven Wander- und Radwegen viele Ansatzpunkte für den Erhalt oder die Ausweitung erfolgreicher touristischer Angebote. Der Tourismus ist eine Chance für Wertschöpfung in der Region. Die Kommunalpolitiker sollten den Ausbau der touristischen Infrastruktur fördern und die Vermarktung ihrer Gemeinden als Wirtschaftsstandorte verbessern.

Das gilt zum Beispiel für den Edersee: Die Region um den Edersee ist nicht nur für Einheimische ein Naherholungsgebiet, sondern zieht jährlich hunderttausende Urlauber aus Deutschland und den Nachbarländern an. Er gehört zu den größten Wirtschaftsfaktoren der Region. Der Edersee leidet jedoch, insbesondere in trockenen Sommern, an zu wenig Wasser, da Fulda und Weser durch ihn gespeist werden. Dies macht ihn für Touristen und Bootsbesitzer zunehmend unattraktiv. Es sollte darauf gedrängt werden, die Ablassmengen für Fulda und Weser individuell anzupassen und nicht nach starren Vorschriften vorzugehen.